

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Februar 1984 14

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 38186/507 G.Siber/Wandzeitung
Herausgeber: SSK e.V.
Verlag: Kölner Stadtforum e.V.
Druck: Betrieb, Merkenicher Str.99

Verantwortlich:
Petra Kambeck
Liebigstraße 25

Innere Sicherheit:

Mietwucher - Wasser vergiftet

- zwangsweise abgespritzt

Anfang Dezember '83 entfloht Herbert K. aus dem LKH Langenfeld, als er durch Frau Dr. Spriegel von seiner plötzlichen Verlegung in eine Haftanstalt hörte. Zunächst war ihm bei seiner letzten gerichtlichen Anhörung von dem Amtsrichter gesagt worden, daß er etwa 3 Monate nach der Entlassung aus dem LKH mit seiner Ladung zum Haftantritt rechnen könne. Ende November erhielt Herbert K. ein Schreiben von der Staatsanwaltschaft, die ihm seine Haftfähigkeit bescheinigte. Daher glaubte er an seine baldige Entlassung aus dem LKH, um einige Zeit später seine Haft anzutreten.

DOCH ES KAM ANDERS...

Als er dann überraschenderweise von Frau Dr. Spriegel hörte, daß er nach 3 Jahren LKH sofort in den Knast überführt werden sollte, geriet Herbert K. in Panik. Er kehrte aus seinem Wochenendurlaub nicht mehr ins LKH zurück. In seiner Verzweiflung wandte er sich an den SSK. Gemeinsam mit den dortigen Rechtsanwälten und Ärzten wollte er gegen die Ärzte des LKH's und gegen die von ihm dort erfahrenen Mißstände angehen. Er suchte sich einen Rechtsanwalt und nahm pflichtgemäß sein Medikament. Herbert K. verließ den SSK, um seine Haftstrafe anzutreten.

zwangsweise abgespritzt

Am Dienstag, den 20.12.83 trafen wir Herbert K. im LKH Langenfeld wieder. Er war vollgepumpt mit Medikamenten, am Körper schweißüberströmt hatte gerötete Augen und ein aufgedunsenes Gesicht. Zwei Wochen später besuchten wir ihn wieder und stellten noch schrecklichere Veränderungen fest: er konnte kaum laufen, nicht ruhig sitzen, konnte nur noch lallen, war abgemagert und sein Gesichtsausdruck verriet schlimme Qualen.

Die Medikamente hatten ihn körperlich schwer gestört. Kommentar der Stationsärztin Frau Dr. Spriegel: "Herbert K. ist krank und braucht das!" Dagegen wunderte sich der Leiter des LKH's Dr. Leipert, daß Herbert K. wieder im LKH war, da er glaubte, die Behandlung sei abgeschlossen.

WIR FRAGEN UNS

Wer gibt den verantwortlichen Ärzten das Recht, Herbert K. derart mit Medikamenten vollzupumpen, ihn dadurch zu einem menschlichen Wrack zu erniedrigen und ihn so seiner Menschenwürde zu berauben???

WIR FORDERN:

- die sofortige Verlegung Herbert K.'s, damit er nicht weiter diesen "verantwortlichen" Ärzten ausgeliefert ist
- Die zuständigen Ärzte zur Rechenschaft zu ziehen
- die Gewährleistung, daß Herbert K. so behandelt wird, daß er wieder haftfähig ist
- Aufklärung darüber, warum Herbert K. über drei Wochen nach seiner Einlieferung noch immer so unter dem Einfluß von Medikamenten steht

SSK-Beschwerdezentrum - Liebigstraße 20 - Tel. 556189

Bei der Erziehung muß für das seelische und leibliche Wohl der Kinder und Jugendlichen gesorgt sein. Darüber wachen Jugendämter und Gerichte. So schreibt es das Gesetz vor.

Auch für das Landesjugendamt, das gleichzeitig Betreiber und Aufsichtsbehörde der Heime ist, gelten diese Gesetze. Doch allzuoft werden Kinder und Jugendliche durch Verbote, Bestrafungen, Mißhandlungen und durch Einsperren in die Heimordnungen brutal reingepreßt. Wenn sie sich wehren, werden sie als geistig krank, verhaltensgestört und unerziehbar abgestempelt und in Irrenanstalten des LVR's gesteckt.

Siegfried Z. - Ein trauriges Beispiel.

Mit 11 Monaten kam Siegfried, heute 15 Jahre alt, zur Pflegefamilie Müller. Im Alter von 8 Jahren wollte das Jugendamt, nach einem Herzinfarkt des Pflegevaters, Siegfried nur vorübergehend in ein Heim nach Moitzfeld unterbringen. Aus den vorübergehenden 6 Wochen wurden aber mittlerweile 7 Jahre, denn das J.A. entzog der Pflegefamilie Müller die Pflugschaft mit der Begründung, sie seien zu alt. Im Heim versuchten die Erzieher ihn mit Zwangsmaßnahmen an die Heimordnung zu zwingen. Einer schreckte sogar nicht davor zurück, ihn zu schlagen. Der Erzieher wurde zwar zur Verantwortung gezogen, doch Siegfried wurde das 1. Mal ins Irrenhaus gesteckt. Diagnose: SOZIALE VERHALTENSSTÖRUNGEN!!!! Siegfrieds Bedürfnisse nach persönlichen Beziehungen und Zuneigung wurden völlig außer Acht gelassen, stattdessen wurde er, wie in den Irrenanstalten an der Tagesordnung ist, mit schweren Psychopharmaka vollgepumpt und ruhiggestellt. Siegfried ist Öfters dort abgehauen, weil es die einzige Möglichkeit war, dem menschenverachtenden Psychatriesystem zu entkommen. Mehrfach wiesen wir vom SSK-Beschwerdezentrum Psychiatrie das Landesjugendamt auf die menschenvernichtenden Zustände in der Kinderpsychiatrie hin und forderten es auf, Siegfried ein menschenwürdiges Dasein zugewährleisten. Doch nichts geschah!!!

Doch statt z.B. eine Pflegefamilie zu suchen wurde er wieder in ein Heim gesteckt (Abshof). Dort lebt er völlig isoliert ohne Kontakt zu anderen Jugendlichen. Mitglieder des SSK's, die mittlerweile eine persönliche Beziehung zu ihm aufgebaut hatten, bekamen Besuchsverbot. Siegfried's Lebensweg ist vorbestimmt, wofür das LJA in vollem Umfang verantwortlich ist. Siegfried wird wieder versuchen, dem Heim zu entkommen, Psychiater werden ihn für verhaltensgestört erklären und seine Unterbringung in eine Irrenanstalt auf unbestimmte Zeit festschreiben. AUF DIESE WEISE WIRD SYSTEMATISCH EIN MENSCHENLEBEN ZERSTÖRT!!!!

Deshalb fordern wir:

Aufhebung des Besuchsverbot - Sofortige Unterbringung in einer Pflegefamilie

Brief an das Wohnungsamt

1981 erstatteten betroffene Mieter der Dreikönigenstraße 2 bei der Wohnungsaufsicht der Bezirksvertretung Innenstadt Anzeige wegen Mieterhöhung und gesundheitsgefährdender Wohnbedingungen.

Schon zu dieser Zeit ermittelte das Wohnungsamt auch in anderen „Mebs-Häusern“. Trotz feuchter Wände, kaputten Fenstern und lebensgefährlichen Stromleitungen fanden die Beamten Höver und Trauschies keine Beanstandungen!! Eine Miets von über 20 DM pro qm hielt man für angemessen. Trotz eines Gutachtens des Amtes für Stadterneuerung das besagt: „.....die von Frau Mebs durchgeführte Modernisierung ist so primitiv, daß man hier nicht von einem Standard vergleichbar mit dem sozialen Wohnungsbau sprechen kann.“

Seit Jahren steht die Wohnungsaufsicht hinter den kriminellen Machenschaften der Kölner Spekulanten! Die Verhältnisse verschlechtern sich ständig. Durch die immer größer werdende Wohnungsnot werden Mieter gezwungen, sich seitens der Hausbesitzer alles gefallen zu lassen.

— So wird ständig Strom und Wasser abgestellt, weil Frau Mebs ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, bei der GEW eine Vorauszahlung zu leisten. Vor zwei Monaten konnte der Strom in der Mathildenstraße 23 und in der Planterstr. 10 nur per einstweiliger Verfügung wieder angestellt werden.

— So wird die Heizung abgestellt, wenn Mieter der Dreikönigenstraße 2, Palanterstr. 10 und Heribertstr. 5 ihre Miete bei der Gerichtskasse hinterlegen, weil außer Frau Mebs auch noch die Scheinfirma DDM (Deutsche Dämmaterialien) monatlich Miete kassieren will.

— So wurden in den letzten Jahren fast alle Mieter um ihre Kautionsbeträge betrogen!

— So betrogen die Mieten durchschnittlich 20 DM pro qm und mehr. Angeblich sind einige Zimmer möbliert, aber wir haben in allen Zimmern nur Möbel vom Sperrmüll gefunden, von einer Wertsteigerung kann fast in keinem Haus die Rede sein.

— Herr Jonak und Herr C. sind die Schläger von Frau Mebs. Mit Gewalt werden die Mieter gezwungen, zu tun, was die Mebs von ihnen verlangt. Wie ein Mitglied der Mafiabande treibt C. die Mieten oft persönlich ein. Davon erfährt das Finanzamt natürlich nichts.

— Die Mebs verlangt oft Nebekosten in abenteuerlicher Höhe, ohne irgendwelche Belege dafür zu zeigen. (Leyendecker Str. 107)

— Wenn Not am Mann ist, holt sich die Mebs auch Schlägertrupps von der Straße. Für 50 DM findet sich schnell jemand, der in der Palanterstr. „aufräumt“ und so lästige Mieter vertreibt. (Türen eintreten, Wände zerschlagen, Möbel von Mietern auf die Straße schmeißen.)

In Köln ist Mietwucher und Mieternötigung an der Tagesordnung! Die öffentlichen Stellen dulden und fördern solche Zustände nur allzu gerne!

Die Ermittlungen der Sachbearbeiter des Wohnungsamtes wurden immer schlampig und oberflächlich geführt. Sie kopierten die Mietverträge und sprachen mit einer Mietpartei pro Haus. — Die Aussagen von Frau Mebs wurden noch nie angezweifelt! Im übrigen wurde sich auch § 30 Verwaltungsverfahrensgesetz berufen, das besagt, daß die Wohnungsaufsicht nicht verpflichtet ist, Mietern Auskunft zu erteilen. So können direkt Betroffene weder erfahren, wie das Wohnungsamt ermittelt hat, noch zu welchem Ergebnis die Beamten gekommen sind!!

So entzieht sich die Wohnungsaufsicht jeglicher Kontrolle!!

Nach jahrelangen „Ermittlungen“ bekommen die Mieter allerhöchstens die Mitteilung: „Das Verfahren gegen Rosemarie Mebs wurde eingestellt.“

Im Interesse aller Mieter fordern wir:

- Die Zustände in den Mebs-Häusern müssen gründlich untersucht und geändert werden.
- Der Wohnraum muß menschenwürdig gemacht werden, ohne daß die Mieter für Modernisierung und Profitsucht auf die Straße geschmissen werden.
- Die Mieten müssen den „Wohnungen angemessen und gesenkt werden!
- Der Terror auf die Mieter muß aufgehört!

V.i.S.s.P. Gabi Siber, Liebigstr. 25, Horst Ehl, Liebigstr. 25 — Mieterberatungsgruppe des SSK-Ehrenfeld, Mi 20.00 Uhr, Tel.: 556189

Köln VolksBlatt

Initiativen informieren

Das VolksBlatt ist eine Basis, auf der sich die verschiedenen Gruppen regelmäßig treffen und zusammenarbeiten.

Das VolksBlatt ist die einzige Zeitung in Köln, in der nicht Redaktoren oder Herausgeber über den Inhalt bestimmen, sondern die Leute, die selbst aktiv für Veränderung kämpfen.

Das VolksBlatt ist die einzige Zeitung in Köln, die sich unabhängig hält von Annoncen und damit von der Wirtschaft.

Das VolksBlatt verzichtet auch darauf, mit Sensationen Auflage und damit Umsatz zu machen, sondern sucht seine Leser authentisch über die Arbeit der Initiativen zu informieren.

erscheint jeweils Palmstraße 17
zur Mitte des Monats 5 Köln 1
2,- Jahresabo 24,- Tel. 21 36 85

Wie im Wilden Westen

In Orwells Jahr finden mal wieder Landtags- und Kommunalwahlen statt. Die Zeit der leeren Versprechungen und hohlen Phrasen der Scheindemokraten ist angebrochen. Heute gibt man sich im Kölner Stadtrat sogar ganz bürgerlich. Eine Vielzahl von Bürgeranträgen stehen zur Entscheidung. Ein besonderes Beispiel Köllschen Demokratieverständnisses ist der Antrag bezüglich der Niehler Straße, in dem es darum ging, zwei gut erhaltene Altbauten vor dem drohenden Abriß zu bewahren. Neben einem Gutachten, das die Erhaltungswürdigkeit dieser Häuser unter Beweis stellte, wurde ein Konzept eingereicht, wie sie mit geringem Kostenaufwand in Selbsthilfe hätten instandgesetzt werden können. Ziel war es, menschenwürdigen Wohnraum für arme Leute zu erhalten.

Doch fast ein Jahr lang wurde der Bürgerantrag gewollt durch das bürokratische Gestrüpp der Stadt Köln hin und her geschoben. Die Verwaltung und die verantwortlichen Politiker brauchten Zeit. Denn längst war der SSK den Spekulanten und Geschäftemachern auf den Fersen, für die die Stadt in 10 Jahren unter falschem Vorwand bereitwillig 40 Häuser niedergewalzt und hunderte von Bewohnern aus ihren Wohnungen vertrieben hatte. Als die Sache aufzufliegen drohte,

wurden am 29.6.83 die 2 Häuser Niehler Straße 105 und 107 in einer Blitzaktion unter beispielloser Zusammenarbeit von Polizei (samt Sondereinsatzkommando), Bezirks- und Stadtverwaltung brutal geräumt und abgerissen.

Noch wenige Tage vorher wurde im Stadtentwicklungsausschuß die Entscheidung über den Bürgerantrag auf Betreiben der SPD auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Die feinen Herren des Stadtrates fürchteten sich wohl davor, in der Öffentlichkeit zur Verantwortung gezogen zu werden. Da ließen sie doch lieber vollendete Tatsachen schaffen.

Jetzt - 7 Monate nach der Räumung - wo sich der Volkszorn scheinbar beruhigt hat, besitzen sie die Unverfrorenheit, den Bürgerantrag im Stadtrat zur Abstimmung zu bringen. Einstimmig werden unsere Damen und Herren Volksvertreter mit „gutem Gewissen“ ihre Hand heben und den Antrag ablehnen. Daß es sich hierbei um eines der dunkelsten Kapitel Köllscher Wohnungsvernichtungspolitik handelt, können sie auch mit dem heute inszenierten Schmierstück nicht vertuschen.

Das dumme Volk wird es zu schätzen wissen, denn

Wahltag ist Zahntag

STADTRAT ERFORSCHT MIT AGGERVERBAND UND DIPL. CHEM. PETER NAUROTH
DIE KAPUTTE KLÄRANLAGE UND DAS

Gift im Dörspeeschlamm

Seit fast einem Jahr haben wir Kreis, Stadt, Aggerverband und Staatsanwaltschaft darauf hingewiesen, daß in der Othetaler Spinnerei das gefährliche Mottengift EULAN in großen Mengen verwandt wird. Es wird dem Wasser beigemischt und kommt also mit dem Abwasser durch den Othekanal in die Kläranlage Schöenthal.

Alle, auch die Stadtverwaltung und Bürgermeister, haben uns abgewimmelt. Auch die deutlich sichtbare Tatsache, daß die Dörspe unterhalb der Kläranlage verseucht ist, hat keinen sonderlich interessiert. Nach Protestaktionen des SSK, der den Herren von Kreis und Aggerverband Abwasser (welches jedoch kein Eulan enthielt) in die privaten Gärten kippte, erklärte der oberste oberbergische Umweltschützer Fuchs dreist der Presse, Eulan sei harmlos und werde biologisch geklärt; uns vom SSK würde er als Verleumder anzeigen.

Auch auf Gutachten von Fachleuten, daß EULAN ein gefährliches, wahrscheinlich krebserregendes Gift sei und daß es höchstwahrscheinlich von einer biologischen Kläranlage nicht verkräftet werde, reagierten alle diese feinen Herren nicht.

Im Othetal dringen den Leuten, die gezwungenermaßen an den „Firmenkanal“ angeschlossen worden waren, seit einem Jahr übelstinkende Gasschwaden in die Wohnungen, erzeugt von der giftigen Abwasserbrühe im Kanal. Die Stadtverwaltung wimmelte erst mal lange auf die blöde Tour ab (die Hausanschlüsse seien defekt) und tat bis heute nichts. Der Stadtkämmerer (!) Krismann aber erklärte im November endlich einer Frau - Kraft seines Buchhalteramtes - die Dämpfe seien nicht gesundheitsschädlich!

Notgedrungen haben wir das Geld zusammengetragen und erbettelt, um diese schändliche Mauer des Verschweigens und Vertuschens zu durchbrechen. Wir haben selbst Proben genommen und auf eigene Kosten analysieren lassen.

ERGEBNIS:

Der Dörspeeschlamm unterhalb der Kläranlage ist so irrsinnig stark mit dem Mottengift durchsetzt, daß man ihn aufbereiten, Eulan draus gewinnen und erneut in den Handel bringen könnte. 1940 Milligramm, also fast 2 Gramm Gift in 1 Kilogramm Schlamm! Bei bereits 2,14 Milligramm pro Liter Wasser - so eine Untersuchung - stirbt die Hälfte von einem Goldfischbestand in 96 Stunden!

Die Kläranlage ist kaputt, die Dörspe vergiftet. Millionen müssen wir alle im Jahr an Abwassergebühren auf den Tisch legen. Unfähige Scharlatane oder gewissenlose Klüngelbrüder bei Aggerverband, Kreis und Stadt machen mit unserem Geld aus einem Klärwerk eine Wasservergiftungsanlage! Offensichtlich trauen sie sich nicht, vom Multimillionär Schoeller die durch die Abwassersatzung verlangte Vorklärung zu verlangen. So wird ein Fluß total vergiftet, in der Agger verenden immer wieder Fische und - wie sattem bekannt - wird abgeleugnet oder mit billigen Ausreden hantiert. Am vergangenen Samstag war in der Presse wieder eine ganze Palette von fachlichem Unsinn aus Aggerverbandsmund zu lesen: Man würde ja die Kläranlage erweitern. Aber Gifte, die biologische nicht klärbar sind, können auch in noch so erweiterten Anlagen nicht geklärt werden!

Protestiert im Rathaus und bei Oberkreisdirektor und Aggerverbandschef Fuchs!
Laßt die Kinder nicht an die Dörspe, macht selbst einen Bogen drumherum!

Mehr darüber, auch über das Gift EULAN, über biologische Kläranlagen, wie sie funktionieren - wenn sie funktionieren, über andere oberbergische Umweltschweineereien in der neuen Ausgabe des

OBERBERGISCHEN VOLKSBLATTS,

erhältlich am Wochenmarkt und im Zeitschriftenhandel im Stadtzentrum Bergneustadt.

Wir vom SSK müssen unser Geld mit harter Arbeit durch Umzüge und Kohlenhandel verdienen. Solche Umweltstraftaten aufzudecken erfordert neben Kraft und ein wenig Mut auch Geld. Um das wahre Ausmaß des Bergneustädter Giftskandals nachzuweisen, müßten noch mehr Proben analysiert werden. Dafür fehlt uns das Geld. Deshalb bitten wir: Helft uns, spendet, arbeitet mit, abonniert und verbreitet das Volksblatt. (Konto 25306 Raiffeisenbank Waldbröl, Axel Gelhaus, Kennwort: Oberbergisches Volksblatt.)